

Staaten liegt im Auge der Expansionspolitik, zu der sich der italienische Staat ebenfalls verpflichtet hat, um den Bevölkerungsüberschuß seines Lebensraums zu schaffen. Gleichzeitig vertritt sich auf diese Weise die Abwehrkraft gegen Frankreich, die schon beinahe eine Angriffsfront gegen Italien darstellt. Das sind die großen Richtlinien der italienischen Politik. Parallel mit ihnen aber und nicht minder aktiv läuft die Befreiung, dem Faschismus Belagertung und Wirkung in die Breite zu verschaffen.

MacDonald über die Sicherungen des Friedens

London, 29. Oktober.
In seiner gefragten Rede im Unterhaus führte MacDonald aus: Der Friede kann nur durch Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung gesichert werden, aber eine wesentliche Abrüstung läßt sich nur durch eine internationale Verständigung verwirklichen. Außerdem müssen sich alle anderen Völker zu einer solchen Abrüstung verpflichten. Wir werden erst marschieren können, wenn die anderen Völker mit uns zusammen marschieren. Nach der Rede MacDonalds wurde die Unterrichtsdebatte fortgesetzt.

Zum Wirtschaftskampf in Rußland.

Sowjetische Organisation in Moskau aufgedeckt.
Moskau, 28. Oktober.

Die OGBL hat eine große sowjetische Organisation aufgedeckt, die sich angeblich den Sturz der Sowjetregierung zur Aufgabe gestellt hat. Sie bestand aus ehemaligen Führern der Wirtschaft, Ingenieuren und Offizieren.

Die Organisation hatte eine Partei gebildet, die den Namen „Promislenaja Partija“ (Industrie-Partei) trug und eine neue Regierung bilden sollte. Sie soll ferner Beziehungen zu Emigrantenzentren in Paris unterhalten haben, u. a. auch mit dem herausgehenden russischen Emigrantenzeitung „Wosroischnije“ (Renaissance). Ferner soll sie Geldunterstützungen von dem Naphtha-Industriellen Nobel erhalten haben.

Die OGBL teilt mit, daß der vorläufige Parteiausfluß der „Promislenaja Partija“, bestehend aus Fedotow, Tschernomir, Salow, Kurjanow, Kamin und Martow, verhaftet worden ist. Alle Verhafteten sollen ein Geständnis abgelegt haben. Die OGBL erklärt, daß diese Angelegenheit nicht durch die OGBL, sondern durch den obersten Gerichtshof übermittelte wurde. Sechs Personen wurde die Todesstrafe.

Die Lage in Brasilien

Washington, 28. Oktober.

Die Militärjunta in Rio de Janeiro hat, nach einer Mitteilung der dortigen amerikanischen Botschaft, die Anerkennung und Durchführung aller internationalen Verpflichtungen und Verträge zugestimmt. Der Staatspräsident von Rio Grande do Sul, Dr. Getulio Vargas, dem die Militärjunta die Bundespräsidentenwürde, wie gemeldet, angetragen hat, ist bisher noch nicht in Rio de Janeiro eingetroffen. Da das Angebot der Militärjunta an Dr. Getulio Vargas die einmütige Billigung aller brasilianischen Staaten finden wird, wird im Hinblick darauf, daß die Revolution sich befähigt gegen den zum Nachfolger des Bundespräsidenten Dr. Washington Luis gewählten derzeitigen Staatspräsidenten von Sao Paulo, Dr. Vargas, in erster Linie richten sollte, bemerkt, die Stellung des Staates Sao Paulo gegenüber Dr. Getulio Vargas ist einflussreich noch unentschieden.

Eine neue Staatsregierung in Sao Paulo

Paris, 29. Oktober.

Die Agentur Sonas meldet aus Rio de Janeiro, daß im Staate Sao Paulo eine neue Regierung gebildet worden ist. Präsident wurde der Professor für Rechtswissenschaft, Morario. Am übrigen kommt in der Zusammenfassung der Regierung der Sieg der demokratischen Partei in Sao Paulo zum Ausdruck. Die neue Regierung soll günstig aufgenommen worden sein.

Aus dem In- und Ausland.

Die Lage im Metallarbeiterstreik.

Berlin, 29. Oktober. Die Lage im Metallarbeiterstreik ist nach wie vor unerträglich. Es besteht die Möglichkeit, daß im Laufe des Tages die Nachverhandlungen unter Berücksichtigung der Interessen beider Seiten aufgenommen werden. Es hängt dies jedoch ganz von dem Willen der Metallarbeiter ab, die eine Grundlage für die Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finden.

Die Demonstrationen in der Leipziger Straße.

Berlin, 29. Oktober. Amstich wird mitgeteilt: Die polizeilichen Ermittlungen über die Begehung, wonach an den Demonstrationen in der Leipziger Straße am Tage der Reichstagsaufrufung Angehörige der politischen Gewandtschaft und des politischen Komitats teilgenommen hätten, sind jetzt abgeschlossen. Sie haben ein vollkommen negatives Ergebnis gebracht.

Der Streik um die Klagenauer in Jerusalem.

Stettin, 29. Oktober. Der vom Völkerbund eingeleitete Versuch zur Schlichtung der Streitigkeiten über die Klagenauer in Jerusalem trat im Städtischen Außenministerium zusammen. Vorsitzend ist der frühere schwedische Außenminister Sjögren; außerdem gehören dem Ausschuss der Präsident des Genfer Appellationsgerichtshofes, Charles Warde, und der frühere Gouverneur von Sumatra, van Kempen, an.

Ein Unfallzusploß auf Kuba aufgedeckt.

Paris, 29. Oktober. Nach einer Mitteilung aus Havanna hat die Regierung von Kuba ein Unfallzusploß aufgedeckt und mehrere Revolutionäre verhaftet, unter denen sich einige Studenten befinden sollen. Die Revolution zum Sturz der Regierung war in allen Einzelheiten vorbereitet und sollte noch vor den Neuwahlen stattfinden, die am 1. November zur Durchführung gelangen.

Ein großräumiges Bundesjubiläum?

London, 29. Oktober. Der Ministerpräsident des Reich, Stuart Balfour, erwidert jetzt die Mitteilung eines australischen Bundesjubiläum. Er beabsichtigt, viele Väter in nächster Zeit den zuständigen Stellen in Transjordanien und im Gelände vorzulegen. Hiernach scheint sich der von England ausgehende großräumige Gedanke weiter durchzusetzen. Ein erstes äußeres Anzeichen war der Ausgleich zwischen König Feisal vom Irak und König Ibn Saud von Arabien und Syrien, wodurch eine großräumige Vereinigung über die bisher häufig vorkommenden Grenzstreifen erreicht worden war.

Die vorläufige Diplomatensitzung eröffnet.

London, 29. Oktober. Die vorläufige Diplomatensitzung wurde in London im Foreign Office eröffnet. Das deutsche Reichsministerium des Innern war durch Ministerialrat Dr. Kähler vertreten, der schon an den Sitzungen der vorbereitenden Diplomatensitzung des Völkerbundes teilgenommen hatte. Die Botschaften

hingsmittel herstellende deutsche Industrie hatte den Direktor Freihausner von der Chemischen Fabrik E. Wess in Darmstadt entlassen, und im Namen der Forderung Palm und Kolin war deren Geschäftsführer Hoffmann erschienen.

Kleine politische Meldungen.

Wieder Verhaftungen polnischer Sozialisten. In einer Reihe polnischer Städte fanden wiederum Verhaftungen von Sozialisten der Opposition statt. Darunter befinden sich auch drei frühere Abgeordnete.

170 000 Meldungen für die schottischen Jugendwehrtruppen. Zu den neuen Jugendwehrtruppen, deren Gründung der Große schottische Rat neulich beschloß, haben sich bis jetzt 170 000 junge Leute aus allen Berufsgruppen gemeldet.

Merke zur Beilegung der italienisch-französischen Grenzfrage. Seitens Amerikas sollen Maßnahmen gemacht werden, um die italienisch-französischen Grenzfrage beizulegen. Definitive Unterredung des Anfalls des „A. 101“. In Genoa hat die Unterredung über den Anfall des „A. 101“ geführt, die zum Abbruch des Luftschiffes „A. 101“ geführt hat, begonnen. Die Unterredung wird unter dem Vorsitz von Sir John Simon geführt.

Aus der Umgegend

Abta, 30. Oktober.

Der Weisparatag. Wie in den vergangenen Jahren, so wollen auch in diesem Jahre die Sparassen aller Länder die Öffentlichkeit erneut davon überzeugen, daß die Welt in Ordnung ist. Das alte bekannte Sprichwort: „Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“ ist vielen in Betrachtelnd geraten. Die Notwendigkeit des Sparens erzieht sich für jeden Deutschen in der heutigen Zeit in ganz besonderer Weise. Beteilte Kreise unseres Volkes sind in Not. Arbeitslosigkeit und Mangel sind das Los von über 5 Millionen Menschen. Tausende, die vor wenigen Jahren noch ein auskömmliches Einkommen hatten, stehen heute dem Nichts gegenüber. Angesichts dieser furchtbaren Notlage ist es Pflicht eines jeden Deutschen, zu ihrer Befreiung sein Möglichstes zu tun. Dieses kann er, indem er spart. Wer spart, hilft sich selbst und gibt der Wirtschaft Kredit. Nur durch ängere Arbeitsschafft ist es dem deutschen Volke möglich, wieder die Stellung unter den Völkern einzunehmen, die es vor dem Krieg innehatte. Wir weisen auf die Bedeutung des Weisparatages und vor allem auf die Bedeutung, die das Sparen für den Einzelnen und für die gesamte Volkswirtschaft hat, hin und geben folgenden Spruch als Leitwort auf bei Weisparatag: „Arbeit, Ordnung, Sparsamkeit, sind Dir nütze alle Zeit.“ Darum spare auch Du!

Die Einweihung des Kreisfänglingsheims in Landau a. N. findet am Sonntag, den 2. November, 10. 14 Uhr, statt.

Die Teilnehmer an der Feier treffen sich am 14 Uhr vor dem Heim bei Landau an der Straße nach Hirschhof. Von 13,30 Uhr ab besteht fällige Fahrgelassenheit vom Bahnhof und vom Marktplatz in Landau zum Heim. Die feierliche Feier beginnt mit einem Männerchor, darauf folgen kurze Ansprachen und nach einem weiteren Gesang ein Gang durch das Heim. Im Anschluß hieran finden sich die Teilnehmer in „Schlingensiefel“ in Landau zusammen. Zur Teilnahme an der Einweihung werden die Gemeindebehörden und Vorkörpermitglieder derselben, sowie auch andere interessierte Persönlichkeiten hiermit ergeben eingeladen.

Aus dem Reichs-Ratung der D. D. Der Turnfest-Aten hält am Sonntag, den 9. November, 9 Uhr, seine 4. Vortragsstunde ab.

(Anschluß des D. D. Atens) Anschließende Sitzung im Vereinslokal Dülmer. — Der Kampfsport zwischen den Landesvereinen des Reichs und dem Stabverein Aten soll im Januar 1931 sein. Die Teilnehmer sind bis 9. November an Bezirksobertourmarkt A. Schindler, Aten, zu melden. Das Ausschreibungsturnen ist im Dezember.

Regierungsausbildungszeit der Fortreferendare.

Für diejenigen Fortreferendare, die so weit praktisch ausgebildet sind, daß die vorgeschriebene dreimonatige Regierungsausbildungszeit befreit, wird der Beginn dieses Ausbildungsabschnittes auf den 2. Januar 1931 festgelegt. Die Fortreferendare haben schriftliche Anträge auf Zulassung dem Landwirtschafministerium bis spätestens zum 25. November d. J. vorzulegen und können hierbei Wünsche auf Zulassung zu bestimmten Regierungen äußern.

Verwendung deutschen Rohproduktes.

Die zuständigen Dienststellen in Preußen sind im Hinblick auf die steigende wirtschaftliche Not angeben und besonderer Sorgfalt darauf zu achten, daß die Bestimmung der Verordnungsordnung für Ausfuhrungen unter allen Umständen eingehalten wird. Es ist angeordnet worden, daß ausländische Rohstoffe und Waren, insbesondere aber auch ausländische Rohstoffe, nur dann verwendet werden dürfen, wenn die Maßnahmen zu einem wesentlichen technischen, betrieblichen oder finanziellen Nachteil führen würde. Der Minister für Volkswirtschaft hat für die nachgeordneten Dienststellen überdies bestimmt, die vorstehende Anweisung auch bei den mit Rohstoffen aus dem Auslandszustimmung und der verschaffenden Arbeitslosenförderung zu berücksichtigen. Auf die Kommissar nachbehörden ist durch den Minister des Innern entsprechend eingewirkt worden.

Rohleben.

(Hilfsfonds) Der Geschäftsführer August Krümer rufte beim Abendessen auf dem Klosterhof Rohleben von Wagen. In diesem Augenblick zogen die Pferde an und der noch voll beladene Wagen ging dem Wohnanwesen über den Bruchfort. Mit schweren Wippenbrüchen wurde er ins Zuerstarrtenstankhaus gebracht. Wir wünschen dem immer fleißigen und frohsinnigen Mann recht gute Wiederherstellung seiner Gesundheit.

Bitterhoff.

Wegen auf die Bitterhoff. Das muß in anbetragt der veränderten Verkehrsverhältnisse auf den Weisparatag immer wieder betont werden. Der Vortragsort ist nun einmal da, das Publikum auf dem Lande muß sich dazu einstellen. Der einzigen Tagen wäre in unserm Orte durch Zusammenreffen unvorhergeseher Unfälle betraue das 31./jährige Kind des Gärtners Schäfer überfahren worden. Es kam in Begleitung seines 12jährigen Bruders aus dem elterlichen Hofe auf die Straße, um hinter einem Spielgehirnen herzufragen und bemerkte eine die Straße passierende Auto nicht. Zum Glück fuhr das Auto in möglichem Tempo, der Führer hatte auch die Straße bemerkt, was es gelang ihm nicht, das Auto so rasch anzuhalten, daß ein Kind wurde noch leicht getrefft, hänge und brach ein Arm.

Aten.

Aten. Dem Unteren einer Weide an der im Limban befindlichen Grenzabstände bei Aten wurde sich der Bahnanwärter Otto Schütz aus Zwickauer einen Schlag und Wundflüge nach ab.

Küßleda.

Im in ein besseres Innere hindergewandelt, nahm am vergangenen Sonntag der Schauspieler eines Hotels in Küßleda, dem gefandigt worden war, Salsäure zu sich. Die Folgen dieses für den menschlichen Genuß wenig geeigneten Getränkes

blieben nicht aus. Es stellten sich furchtbare Schmerzen im Nacken und Leib ein und in sehr bedenklichem Zustande brachte man den Lebensmüden ins Kreisstranfenhaus, wo er nun schwer transportiert liegt.

Nürnberg. Eigenartige Feuerung eines Staatsanwalts.

Ein unerwartliches Verhalten legte bei einer öffentlichen Gerichtsverhandlung der amtierende Oberstaatsanwalt am Tag mit der Feuerung, daß er in seiner oberspärrigen Stragis noch keine Bevölkerung kennen gelernt habe, die so wenig gläubig sei wie die mitteldeutsche provinziellstädtische Bevölkerung die auch im Zeugnis eine besondere Hartnäckigkeit bewies. — Die Beobachtung ist über diesen Ausbruch eines richterlichen Zeamens sehr erregt. Der Provinzialstädtische Landbund soll sich bereits, wie es heißt, mit der Angelegenheit befaßt haben. Man verlangt eine öffentliche Entschuldigung des Oberstaatsanwalts und eine disziplinarische Bestrafung.

Weiskensels.

(Einrichtung einer Glasfabrik in Großhau.) Die Sozialkassenrat Salotta, Weigand & Vull in Aienfeld in Dr. beabsichtigt, in dem früheren Gießwerk des Stegen-Solinger Werks, das jetzt dem Elektrizitätswerk Solingen-Anhalt A. G. in Halle gehört, in lufteinweisem Ausbau eine große Glasfabrik zu errichten. Mit der Glas, der Verpäterin der Fabrikanlagen, ist ein Stromlieferungsvertrag bereits abgeschlossen worden: die Stromabnahme des zu gründenden Unternehmens wird nach vollständigen Ausbau mehrere Millionen Kilowattstunden im Jahre betragen. Die für die Schmelzhütte am heutigen ersten Augusten Bruchhöle werden von den unmittelbar anliegenden Wäldern bezogen, mit denen ein Lieferungsvertrag in den nächsten Tagen abgeschlossen werden wird. Bei dem zu errichtenden Werk, dessen Gründung nicht zuletzt auf die reichen Quarzporphyre in Großhau (Kreis Weiskensels) zurückzuführen ist, handelt es sich um einen völlig rein modernsten, mit den neuesten Maschinen ausgerüsteten Betrieb, der etwa 300 bis 500 Arbeiter beschäftigen wird.

Egersburg.

Durch einen Verant des Kreisamtes wurde der biesige kommunisliche Bürgermeister Müller im Auftrag der Regierung seines Postens entbunden. Der Belgordierte wurde mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Halle.

Im Arbeitszeit der Angefallten im engeren mitteldeutschen Braunkohlenbergbau vom Arbeitgeberverband für den Braunkohlenbergbau nach Ablegung des 20. September 1930 durch die Angefallten über die Verbindlichkeitsklärung vom Reichsarbeitsminister beantragt worden. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr diesen Schiedspruch für verbindlich erklärt. Danach tritt das bis zum 30. September 1930 in Kraft gemessene Arbeitsverhältnis für die Kaufmännischen und technischen Büroangestellten unter der Bedingung der Einhaltung der Kündigungsfrist und mit keinen Änderungen wieder in Kraft.

Halle.

Die Personen-Kraftautobus-Linien der Kraftverkehr Solingen-Anhalt A. G. (Kraefco), deren Attienbesitzer sich im Besitz der Schächlingen Staatsbank und der Kraftverkehr Solingen-Anhalt A. G. befand, sind nunmehr, nach dem die letzten Schwierigkeiten auf der Verhandlungswegen beseitigt worden, an die Reichs-Post-Verwaltung in Halle übergeben. Der Kaufpreis beträgt 1 502 000 RM. Das Kraftfahrzeug-Gesellschaft wird von der Kraefco weiter betrieben, ebenso bleiben die Fahrpläne bestehen.

Aus Nah und Fern.

Leipzig.

Die Industrie- und Handelskammer Leipzig nahm einstimmig eine Entschließung an, die ihre Stellungnahme zum Finanzprogramm der Reichsregierung im Zusammenhang mit dem, vornehmlich einer genaueren Prüfung nach Vorliegen der fertigen Gesetzesentwürfe, darlegt. Die Präsident Bolte erklart zu einem Referat „Reichsplanung und die Leipziger Wirtschaft“. Er erwiderte tief eingehend und in geistlicher Weise die einzelnen Gruppen des Kampfes zur Bekämpfung des Dualismus, der in Leipzig in der Form der Eisenbahndirektion besteht. Bei den jüngsten Ereignissen wurde hervorgehoben, daß sich der absehbaren Stellung der Schächlingen Regierung gegenüber einer Reichsbaudirektion Leipzig die schächlingen Handelskammer mit Ausnahme von Wäldern angeschlossen hätten, deren endgültige Stellungnahme noch ausstehe. Besonderes Gewicht wurde auf die Zulassung des Reichsbaudirektionsbezirks Magdeburg in die beiden Bezirke Halle und Hannover gelegt. Würde dieser Direktionsbezirk betrieblen werden, so würde nach Meinung des Reichsleiters der Aufstellung der Reichsbaudirektion Halle und dem von Leipzig erzielten Ziel nichts entgegen. Die Präsident Bolte erklärte schließlich noch, daß Reichsbaudirektionsbezirk Dr. Dormmüller für den Denkschrift Dr. Giesels, die den Inneren Leipzigs gerecht wird, annehme, daß er aber aus politischen Gründen die Entschiedenheit der Leipziger Regierung, die die Interessen Leipzigs zu den thigen zu machen hätte, abwarten werde. Der Antrag, nochmals mit allen Mitteln zu versuchen, die Schächlinge Regierung auf die Seite von Leipzig herüberzuziehen, wurde einstimmig angenommen.

Delfisch.

Staatskommissar ernannt. Nachdem die Einigung zwischen Magistrat und Stadtratsmitgliedern über die notwendigen Steuererhöhungen nicht erreicht werden konnte, hat der Regierungspräsident von Merseburg den Zweiten Bürgermeister, Dr. Baumgardt, zum Staatskommissar ernannt, der die Delfischer Finanzen wieder in Ordnung bringen soll.

Bad Liebenwerda.

Nachricht der Landwirte. Um die weitere Defensivität der Landwirtschaft zu verhindern, hat der Landwirt in der Abteilung der Schwärzen Gfiser aufmerksam zu machen, daß der Gesamtverband der Kreisorganisation des Landesverbandes einen dringlichen Hinweis an die Behörden des Reiches und Preußens sowie die in Betracht kommenden Minister gelangt, in dem er mitteilt, daß die Landwirtschaft in dem weichen Vorantzen, was sich in der letzten Zeit in der Reichsregierung nicht weiterarbeiten könne, wenn ihr nicht sofortige Hilfe gebracht werde. Der Kreis müsse als Notstandsgebiet anerkannt, den Landwirten Steuererlaß, Zinsbindung ufm. gewährt werden.

Berlin. Sturm über Berlin.

Bei einem Sturm über Berlin, bei dem eine Windstärke von 5 bis 8 mit starken Böen festgestellt wurde, sind an mehreren Stellen der Stadt, hauptsächlich in der weichen Vorantzen, Wasserschäden eingetreten. Keller überflutet und die Struktur der Häuserfronten beschädigt worden. Größere Schäden wurde in den Parkanlagen angerichtet. Durch den dauernd niederschlagenden Regen wurde der Straßenpflaster schlüpfrig, wodurch zahlreiche Verkehrsstörungen und Autozusammenstöße vorantzen, so in Sieglin, wo zwei Personen verletzt wurden.

Berlin. Kampf mit einem Aumelendieb.

Vor einem Aumelendiebstahl in der Hauptstraße in Wilmersdorf fuhr am frühen Abend eine Kraftfahrerin vor. Ein

Zodestrafte gegen Koch beantragt

Kochs Stellungnahme können die Verteidigung ab...

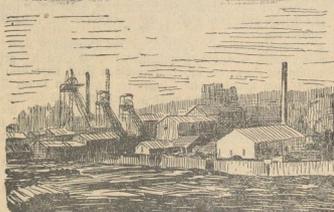
Im weiteren Verlauf des Nachverfahrens hat der Staatsanwalt Professor Dr. Strauß-Berlin, das man als Ergebnis der Untersuchung der Frau Koch von einer „Tragödie der alternden Frau“ sprechen könne; Frau Koch befände sich jetzt wahrscheinlich in den Bestrafungen, in denen es häufig zu freiwilligen Erhängungen komme, allerdings habe er teilsige Erklärungen des Gemütszustandes nicht festgestellt können. — Frau Koch wird nach dem wiederholten Vorgehen des Vorsitzenden verurteilt, nachdem sie erklärt hatte, daß ihre Aussagen auf voller Wahrheit beruhen. Zu höchst spannenden Augenblicken kommt es, als der Vorsitzende die Stellungnahme der Angeklagten, die gegen Koch sehr ungenügend ausgefallen ist, fragt, ob sie ihre Aussagen durch den Eid bekräftigen wollen. Alwin Stölzer erklärt nach längerem Schweigen: „Ich verzweifle... Der Vorsitzende fragt noch einmal: „Sie verzweifeln die Eidesleistung?“ Alwin Stölzer: „Ja!“ Hans Stölzer, dem die gleiche Frage vorgelegt wird, antwortet nicht, man sieht ihm an, daß er innerlich schwer kämpft, er verstreift die Hände auf dem Rücken und atmet tief und schwer; im Saale herrscht Todesstille, alle Blicke richten sich auf den Zeugen. Koch etwa fünf Minuten langem Schweigen fragt der Vorsitzende erneut, nach welchem Zeugen Stölzer Hans Stölzer hervor: „Ich will nicht schweigen!“

Als sich die Spannung gelöst hat, beantragt der Verteidiger, daß aus Augenblicken kommt es, als der Vorsitzende das Gericht beschließt dementsprechend. — Der Zeuge Hermann Brandt jun., der schon einmal vernommen worden war, berichtet seine früher gemachten Zeugnisaussagen und erklärt, daß er sich nicht mehr auf Einzelheiten erinnern könne.

Staatsanwalt Freylich beantragt nach längeren Ausführungen, in denen er die Frau des Angeklagten als die Hauptgenießerin ansetzt, gegen Koch wegen des Mordes an Direktor Kramer die Todesstrafe und die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. — Koch habe, so führte der Staatsanwalt

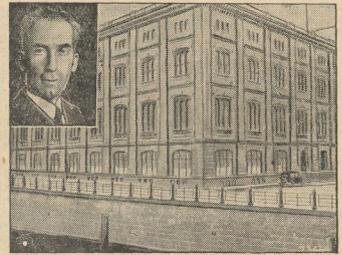
aus, gegen Kramer einen unauslöschlichen Haß gehabt. Die tödliche Kette von Indizien werde durch das Verhalten des Angeklagten nach dem Geständnis, durch die Verleumdung, seine Frau zu befehligen, und durch die Wästel, selbst mit seiner Tochter aus dem Leben zu scheiden, bestätigt.

Rechtsanwalt Niemeier und Rechtsanwalt Braun beantragen die Freisprechung Kochs. Dr. Braun bezeichnet Frau Koch unter Hinweis auf das gerichtspräsidentliche Urteil als eine hinterlistige Eigenart. Koch müßte wegen erwiesener Unschuld freigesprochen werden. Oberstaatsanwalt Habbe istoch sich den Ausführungen des Staatsanwalts Freylich an. Nach Schlussworten der Verteidiger erklärte Koch: Ich bin unschuldig. Mein Gewissen ist rein. Ich habe nie daran gedacht, Direktor Kramer zu töten. Ich bitte um meine Freisprechung. Nach kurzer Beratung teilte der Vorsitzende mit, daß das Urteil am Mittwochmittag gefällt werde.



Grube „Manbach“.

U. B. z. einen Leberfild über die Gesamtanlage der Grube „Manbach“ im Saargebiet.



Zehn Jahre Deutsche Hochschule für Politik.

Am 8. November begibt die Deutsche Hochschule für Politik im Sitzungssaal des Reichstags die feierlichen zehnjährigen Bestehen. Unter Bild zeigt das Gebäude der Hochschule am Schinkelplatz in Berlin. Oben das Porträt des Direktors der Hochschule, Dr. Arnold Wolfers.

Neue Familie. Mutter: „Höre einmal, Lotte, ist es wahr, daß du ein Inzerat in die Zeitung hast legen lassen, um einen Herrn Feuersänger zu finden?“ Tochter: „Bened, Mutter?“ Mutter: „Wie kamst du zu einem Inzerat?“ Tochter: „Ja, einer — Vater!“

Aus der (oben erschienenen Nr. 43 der „Lustigen Blätter“ (Verlag Dr. S. C. Sauer, Berlin SW 68), die mit vielen amüsanten Beiträgen und Bildern laden erheben ist. Die „Lustigen“ sind zum Preise von 50 Bfg. überall zu haben.

Öffentliche Stadtverordneten-Sitzung

am Freitag, den 31. Oktober 1930, 20 Uhr im Rathhof „Weißes Roß“.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahmen.
2. Neuwahlung der im Herbst 1931 beginn. Frühjahr 1932 frei werdenden städtischen Äcker.
3. Herstellung eines Bürgersteiges auf der Straßenverbindung Grobenhilleweg — Reindorfer Weg.
4. Annahme eines Doppeltellers in einem Dienstzimmer des Amtsbüros.
5. Errichtung eines Kohlenstappens für die Bewohner des Armenhauses.
6. Ausbildung eines Magistratsmitgliedes in Döbmitzfragen.

Anschließend nichtöffentliche Sitzung. Nebra, den 28. Oktober 1930

Der Stadtverordnetenvorsteher. M. a. v.

Polizeiverordnung über das Plakat- und Anschlagwesen.

Auf Grund der §§ 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (R. G. Z. 265), in Verbindung mit den §§ 137, 139, 140 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1885 (R. G. Z. 195) und der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. 2. 1924 (R. G. M. I. S. 44) wird mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das unbefugte*) Anbringen von Anzeigen, Bekanntmachungen und Plakaten jeder Art an Häusern, Türen, Türen, Einfriedigungen, Wänden, Laternen, elektr. Masten, Telegraphenleitungen oder sonstigen von der Straße aus sichtbaren Stellen ist verboten. Ebenso ist das Anbringen von Plakaten und Beschriften von Häusern, Mauern, Bürgersteigplatten und dergleichen in Stadt- und Landgemeinden verboten.

§ 2. Zuwiderhandlungen gegen diese Polizeiverordnung werden mit Geldstrafe bis 150 RM. oder verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Merseburg, den 29. September 1930.

Der Regierungspräsident.

*) Anmerkung: Unbefugt ist jedes Anbringen, das ohne Genehmigung des Eigentümers oder Verfügungsberechtigten und der Verteilungspolizei erfolgt. Zum Anbringen von Anzeigen usw. müssen bei Bedarf in den einzelnen Stadt- und Landgemeinden im Einvernehmen mit der Ortsbehörde Plakatsäulen oder Plakataufhängestellen angelegt oder besondere Stellen bezeichnet werden, an denen das Anbringen von Anzeigen usw. grundsätzlich zulässig ist. Das unbefugte Anbringen oder Beschädigen von Anzeigen usw., deren Anbringung befugt erfolgt ist, kann nach § 309 St. G. B. strafbar sein.

Wird veröffentlicht: Nebra, den 27. Oktober 1930. Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

MEYERS LEXIKON

12 BÄNDE VON A-Z VOLLSTÄNDIG

Ausführlicher, illustrierter Prospekt kostenlos durch jede Buchhandlung

Im Zeichen des Schwans diese vier der Hausfrau zur Freude und Zier

Schwan-Fabrikate sind wirklich gut!

D' Thompson's Seifenpulver
vorzüglich für die Wäsche und alle Reinigungsarbeiten in Küche und Haus.

Seifix
das Bleich- und Fleckenentfernungsmittel für die Weißwäsche, es wäscht und bleicht — unerreicht.

Ozonil
das gutselbsttätige Waschmittel — erstklassig und unübertroffen.

Schwanseife
die sparsame Qualitäts-Haushaltseife

Extra billiges Angebot!

| | |
|---|-------------------------------------|
| la Pflanzenmilch 2-Bd. nur 45 ¢ | Bratgeringe 2-Bd. Dole nur 70 ¢ |
| Vierfruchtarmelade 2-Bd. nur 45 ¢ | Hering l. Gelee 2-Bd. Dole nur 75 ¢ |
| Erdbeer-, Johannisbeer-, Aprikosen- u. Himbeer-Konfitüre, 2-Bd. von 1.40 an | Sardinien 1/4 Bd. 2 ¢ |
| Aprikosen-Konfitüre, 1-Bd. nur 68 ¢ | 2-Bd. nur 35 ¢ |

Probieren Sie meine la schottischen Vollfetheringe 2 Stk. nur 25 ¢

Das beliebte Cocospfeifett „Cocoin“, 1-Bd. Tafel nur 65 ¢

Heinrich Berlet, Nebra

Übler Mundgeruch

wird abtöndend, schäblich gefärbte Zähne entstehen das schönste Lächeln. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Spülen mit der herzlich empfohlenen Zahnpaste Chlorodont beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauche einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, bei gleichzeitiger Beseitigung der beim Speisegenießen entstehenden Zahnanfänge mit gezeichnetem Vorzeichen. Frische Speisereste in den Zahnräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Verlangen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf. Verlangen Sie aber erst Chlorodont und weisen Sie jeden Erfolg dafür aus.

Spielkarten
Preislist-Tabellen
Buchh. W. H. Gauer.

Reformationsbrüchchen
Walter Stelzer.

Empfehle am Freitag, den 31. Oktober: **RE. Reformationsbrüchchen** Walter Stelzer.

Olympia

Olympia-Korrespondenz-Schreibmaschine
Buchungsmaschine-Rechenwerk-Seldomate

EUROPA SCHREIBMASCHINEN AG

Fabrik und Verkaufsbüro: ERFURT, Mainzerhofplatz 13
Fernsprecher: Erfurt 4620-23

Büros: Berlin N 24, Friedrichstr. 110-112, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Str. 88-90, Dortmund Südwall 59, Dresden, Neustädter Markt 11, Düsseldorf, Wilhelmpl. 12, Erfurt, Mainzerhofpl. 13, Frankfurt M., Friedensstr. 2, Hamburg, Kaiser-Wilh.-Str. 29-31, Hannover, Am Schiffgraben 15, Köln, Weißentw. 78, Leipzig, Nicolaisstr. 10, Magdeburg, Otto-v. Guericke-Str. 11, Mannheim, O 7 23, München, Kautinger Str. 3, Nürnberg, Lorenzer Pl. 12, Stuttgart, Tübinger Str. 33.

Verlangen Sie von unserem nächsten BüroAufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreter

In Zeiten wirtschaftlicher Not
ist äußerste Sparsamkeit geboten, deshalb sollten auch Sie sich ein Sparkonto bei der Stadt-Sparkasse

einrichten und regelmäßig sparen. Auch aus kleinen Beträgen kommt nach und nach mit Zins und Zinseszins eine beachtliche Summe zusammen.

Warten Sie nicht bis morgen, wenn Sie heute in der Lage sind, einen, wenn auch kleinen Betrag auf ein Sparbuch anzulegen.

Stadt-Sparkasse Nebra a. U.

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Bauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Hanfmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Volkshochkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 8 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 129

Donnerstag, den 30. Oktober 1930

43. Jahrgang

Eine neue Rede Schachts.

Er fordert Abschaffung der Reparationen.

Newport, 29. Oktober.

Dr. Schacht, der auf seiner Rundreise durch Amerika nunmehr in Chicago eingetroffen ist, hielt in der Universität von Chicago einen aufsehenerregenden Vortrag, in dem er die Reparationsfrage eingehend behandelte.

Dr. Schacht betonte, daß die Wirtschaftskrise in den Vereinigten Staaten direkt auf die Wirtschaftskrise in Deutschland zurückzuführen ist.

Die deutsche Wirtschaftskrise habe aber ihre Ursachen in der derzeitigen Reparationsregelung. Die schlechte Lage der deutschen Wirtschaft habe sich auch auf die anderen europäischen Länder ausgebreitet und so endlich auch Amerika erfaßt.

Schacht wies u. a. darauf hin, daß Deutschland bis an die Grenzen des Möglichen bestrebt sei und daß eine weitere Besteuerung, um die Reparationen bezahlen zu können, Deutschlands Wirtschaft auf das schwerste gefährden würde. Da das unmöglich sei, forderte Schacht einseitig die Abschaffung der Reparationszahlungen. Nur die Befreiung der gegenwärtigen Reparationszahlung sei geeignet, die Stellung der Weltwirtschaft herbeizuführen. Er betonte, daß dies insbesondere Aufgabe der Wirtschaftsführer aller Länder der Erde sei.

Im die Zollmauern Europas.

Umgebung des Genfer Wirtschaftsausschusses.

Genf, 28. Oktober.

Der händige Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes ist unter dem Vorsitz des ersten Wirtschaftsberaters der englischen Regierung, Chapman, zusammengetreten. Die gegenwärtige Tagung gilt in erster Linie der Vorbereitung der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 17. November nach Genf einberufen werden ist, um über das Inkrafttreten des Zollwaffenstillstands-Abkommens vom 24. März d. J. zu beraten.

Dieses Abkommen, das aus dem europäischen Zollfriedenskonferenz abgeleitet wurde, sah vor, daß die europäischen Zölle vom 1. April d. J. für die Dauer eines Jahres nicht weiter erhöht werden sollten. Die Inkraftsetzung dieses Abkommens wurde von der Ratifizierung durch die maßgebenden europäischen Staaten abhängig gemacht. Bisher ist das Abkommen jedoch nur von fünf Staaten, und zwar England, Belgien, Norwegen, Schweden und der Schweiz ratifiziert worden.

Auf der bevorstehenden europäischen Handelskonferenz wird somit über das nachträgliche Inkrafttreten des Abkommens verhandelt werden. Ferner wird sich der händige Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes mit der Prüfung der Entschädigung und des einzelnen Abkommens der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, ferner mit den industriellen Vereinigungen, der Zollnomenklatur, den Verhandlungen der landwirtschaftlichen Sachverständigen sowie der Einleitung eines Sachverständigen-Ausschusses für wirtschaftliche Statistiken beschäftigen. Die deutsche Regierung ist im Wirtschafts-ausschuss durch den Staatssekretär Dr. Trendelenburg vertreten. Die englische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes die Ratifikationsurkunde für das Genfer Handelsabkommen vom 24. März 1930 übermittelt, in dem der vorläufige europäische Zollwaffenstillstand vorgesehen war.

Ein begrüßenswerter Beschluß.

Einschränkung öffentlicher Festlichkeiten.

Berlin, 28. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: Bei der großen wirtschaftlichen Not, mit der weite Kreise des deutschen Volkes zu kämpfen haben, muß jedes Übermaß an feierlichen und Vergnüglichen vermieden werden. Aus diesem Grund haben die Reichs- und die preussische Staatsregierung beschlossen, Einladungen gesellschaftlicher Art nur beim Vorliegen von besonderen Anlässen Folge zu lassen und ihre eigenen gesellschaftlichen Veranstaltungen auf das Mindestmaß beschränken zu lassen, was mit pflichtgemäßer Repräsentation vereinbar ist.

Der Reichspräsident hat diesen Beschluß ausdrücklich aufgegeben. Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung richten angelegentlich des Entsches der Zeit an alle Kreise die dringende Aufforderung, auch ihrerseits die gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuschränken und insbesondere von öffentlichen Festlichkeiten möglichst abzusehen.

Gefahrenherde der Gemeinden.

Die Städte verlangen Ausgabenabbau!

Berlin, 28. Oktober.

Der Gesamtverband des Reichsstadtdienstes legte in Berlin unter Vorsitz des Bundespräsidenten, Oberbürgermeister Dr. Belsan, um zu der durch das Sanierungsprogramm der Reichsregierung geforderten Lage eingehend Stellung zu nehmen. Er begrüßt grundsätzlich den Finanzplan der Reichsregierung als einen wichtigen Schritt zur Befreiung der öffentlichen Finanzen. Er stellt jedoch mit großer Besorgnis fest, daß das Programm für die durch die Haushaltsverweigerung fürwahr schwer bedrängten Gemeinden im laufenden Rechnungsjahr keine Hilfe verspricht.

Die neuen Steuererhöhlungen der Notverordnung vom 26. Juli 1930 können im schlimmsten Falle einen Dreifachteil des gemeindlichen Mehreinkommens decken. Auch die Neuverteilung der Reichsfinanzen vom 11. Oktober d. J. bringt keine Entlastung für die Gemeinden, sondern bedeutet für viele, besonders für die unter 10 000 Einwohner, eine Verschlechterung ihrer Lage. Staats- und Finanzpolitik ist es nicht vertretbar, die Gemeinden zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung gegenüber dem Staat der Wohlstandsmittel aus den Gehaltskassen der erneuerten kurzfristigen Verordnungen abzurufen, die überdies für die Mehrheit der mittleren und kleinen Städte nicht mehr gangbar ist. Solcherlei Maßnahmen des Reichs für die Gemeinden sind aber ein verheerendes Gebot der Stunde. Dazu gehört auch weitestgehende Arbeitsbeschaffung durch gleichzeitige Finanzierung von Hilfsarbeiten in den mittleren und kleinen Städten.

Schwere Gefahren drohen den Gemeinden auch für 1931, da nach dem Finanzplan der Reichsregierung der Rückgang an Reichsteuererlösen für 1931 erheblich höher liegt als die Ertragsminderungen infolge der Beschlagnahme. Auf der anderen Seite ist mit einer Minderung der Ausgaben für Wohlfahrtsverbände im Rechnungsjahre 1931 faim zu rechnen.

Drohender Konflikt mit Braunschweig.

Straßverfahren gegen Freyzen. — Sperrung der Zufahrtswege.

Berlin, 29. Oktober.

Der Reichsminister des Innern hat an die braunschweigische Staatsregierung ein Schreiben geschickt, in dem er förmlich die Auszahlung weiterer Zahlungen aus Reichsmitteln zum Zwecke des polizeilichen Schutzes an die braunschweigische Staatsregierung angefordert.

Ueber die Begründung zu diesem Schritt war Näheres noch nicht zu erfahren, doch wird man in der Auffassung sein, daß es in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einleitung steht, die bei Fall Freyzen in den letzten Tagen genommen hat. Der Preussische Justizminister hat beim Reichsminister des Innern beantragt, daß bei Reichs- und Braunschweigen in seiner Eigenschaft als Reichsstaatsanwalt wegen des Vergehens der Begünstigung eingeklagt wird.

Robheitsakte in Ostoberschlesien.

Neue unerhörte Gewalttaten der Aufständischen gegen Deutsche.

Kattowitz, 28. Oktober.

Die Ausbreitungen der polnischen Aufständischen gegen die Deutschen in Ostoberschlesien nehmen immer weitere Ausmaße an. Jetzt werden wiederum ganz unerhörte Verbrechen begangen, die sich in der Verhaftung von Angehörigen der Gewerkschaft der Angehörigen einer korbwebenden Generalarbeiter-Gewerkschaft äußern.

Während der Sitzung erschien mit Gelang ein Trupp Aufständischer und umstellte sämtliche Eingänge des Versammlungsorts. Mehrere Aufständische in Uniform brangen in das Versammlungszimmer ein und schloßen die Türen zu den hintersten Fenstern. Der Versammlungsteilnehmer bemächtigte sich eine unehrerbliche Erregung. Zahlreiche Frauen verließen in Schreikämpfen, als sich die Aufständischen auf die Versammlungsteilnehmer stürzten und unbarbarisch auf sie einschlugen. Ein Teil verlor, sich durch die Fenster in Sicherheit zu bringen, während die übrigen Versammlungsteilnehmer durch die rechts und links am Ausgang postierten Aufständischen, die mit Knütteln bewaffnet waren, regelrecht Speigeln lauften mußten. Unbarbarisch wurde auf wehrlose Frauen und ältere Männer eingeschlagen.

Einzelnen Teilnehmern sind dabei auch noch die Briefstaschen geraubt worden. Auch die zurückgelassenen Mäntel, Kleinfächer und Hüte sind zum Teil verhandelt. Nach ihrer „Selbsttat“ veranlaßten die Aufständischen in demselben Lokal eine Anekdote. Ein Polizeikommissar, der mit zwei weiteren Beamten in einem Nebenzimmer des Hofes saß und von den Ungehörigen auf die Gewalttaten der Aufständischen aufmerksam gemacht wurde, tat sehr verwundert und verlangte zunächst von dem Versammlungsleiter die Prüfung der Anwesenheitsliste.

An demselben Abend wurde der Buchhalter Galta auf dem Heimwege von mehreren Aufständischen überfallen und derart geschlagen, daß er bewusstlos liegenblieb. Als seine ihn begleitende Ehefrau die Banditen um Rückhalt bat, wurde auch sie niedergestrichelt. Ebenfalls wurden zwei Mitglieder der Sozialen Partei verhaftet. Auch aus anderen Orten werden schabene Ueberfälle auf Deutsche gemeldet, die zum Abschluß der Antideutschen Woche stattgefunden haben.

Polnisches Kriegsspiel.

Die Nachtmanöver an der ostoberschlesischen Grenze.

Kattowitz, 29. Oktober.

Nach den Berichten der polnischen Regierungspreffe haben sich an dem Nachtmanöver der Aufständischen, das den Abschluß der antideutschen Woche bildete, etwa Tau-

send Aufständische in vollständig feldmarchmäßiger Ausrüstung beteiligt. Die Übung stand unter der Führung von Generalkommandanten. Dem Manöver lag der Gedanke eines Einbruchs deutscher Truppen auf polnisches Gebiet (1) zu Grunde.

Nach vierstündigem Gefecht wurde die rote, die die Deutschen markierte und harte Stellungen innehatte, als von der blauen Armee, der polnischen, geslagen erklärt.

Dem Manöver wohnte der Wojewode, der Divisionsgeneral Juchaczewski sowie der Stadtpfarrer von Kattowitz Dr. Kaurer bei. Vor dem Abzug der Aufständischen hinter der Wojewode eine Rede, in der er die eiserne Disziplin der Truppe lobte. General Juchaczewski äußerte sich anerkennend über die feste Bereitschaft der Aufständischen zum Schutze der polnischen Westgrenze.

Mussolini über die Revisionsfrage.

Die Zukunft des Faschismus.

Rom, 29. Oktober.

Das neunte Jahr fälschlicher Zeitrechnung, das mit dem 28. Oktober, dem Jahrestag des Marfches auf Rom, beginnt, leitete Mussolini mit einer großen Rede vor dem Führern des Faschismus ein. Heute wie nie, so erklärte Mussolini, geht die Formel: Die ganze Nacht dem Faschismus und ausschließlich dem Faschismus!

Seine Sommerreden hätten den Zweck gehabt, dem scheinheiligsten Europa, das in Genf vom Frieden redet und dabei überall den Krieg vorbereite, die Maske abzuziehen.

Was für Augen sind in der ganzen Welt gegen die fälschliche Herrschaft verbreitet worden! Der Antifaschismus ist nicht tot. Die Opposition bleibt weiter, gefehrt war es Italien, heute ist es die ganze Welt.

Selbst unsere Politik der Revision der Verträge ist darauf gerichtet, den Krieg zu vermeiden. Die Revision der Friedensverträge dient dem Interesse Europas, dem Interesse der Welt. Die Befreiung von der englischen Anhängselhaft der Verträge ist das Ziel.

Der verleiht die Gedanken des Völkerbundes? Diejenigen, die in Genf neue Kategorien von Staaten geschaffen haben: die demokratischen und die mehrfachen. Mussolini erklärte weiter: Der Faschismus als Idee, als Doktrin und als Weltanschauung ist unverwundbar. Man kann daher ein fälschliches Europa voranschicken, das heißt ein Europa, das im fälschlichen Sinne das Problem des modernen Staates löst. Der Faschismus löst das dreifache Problem der Beziehungen zwischen Staat und Individuum, zwischen Staat und Gruppen und zwischen Gruppen untereinander.

Das Echo in Paris.

Die Rede Mussolinis hat in der französischen Presse lebhaftes Echo gefunden. Berlingh zieht im „Echo de Paris“ aus den Ausführungen des Duce die Schlussfolgerung, daß Italien sich heute fast genug fühlte, um seinen „Drang nach dem Offenen“ freien Lauf zu lassen. Der Welt leitet Erfahrungen sei nur die Bekämpfung des Kerns. Zwischen Frankreich und Italien tue sich ein Abgrund auf, den zu überbrücken, der Diplomatie nicht leicht fallen würde. Durch

die eiserne Zucht des Faschismus, der durch die

und

glichen Presse in „Echo de Paris“ sind in ihren Bemerkungen noch viel vordieher „kompensations“ Kenntnis gehabt Europa konnte nicht zurück. Der dem französischen

schon zu einer erneuten Zerstörung einer befriedeten eine große prohe die war getragen

stisch wie in der

eine Stunde für

die politischen

schon zur Kennen

ber Ränge in ge

Antifaschismus

sehr deutlich von

ab, aber Mussol

aller Schärfe ins

Licht zu stellen. Das Ziel ist die Stärkung der Front gegen

Frankreich und seinen balkanischen Verbündeten, Jugos

slanien. Die Front, die Italien aufreichten will, nicht in

erster Linie Unterstützung auf dem Balkan, und die Parole

einer Orientierung nach Südosten ist in der Rede Mussolinis

mit ganz besonderem Nachdruck herausgehoben worden. Die

Flotierung Jugoslawiens und die militärische und wirtschaft

liche Annäherung Italiens an die anderen südosteuropäischen